

# Amtsblatt

Kreisstadt



Steinfurt

Ausgegeben am: **08.09.2022**

Nr.: **21/2022**

## **I N H A L T :**

<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Titel</b>	<b>Seite</b>
53/2022	1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Kreisstadt Steinfurt (Vergnügungssteuersatzung) vom 08.11.2013	3
54/2022	Bebauungsplan Nr. 48c „Steintorfeldmark“ - 4. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt 1. Änderung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) 2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis 24.10.2022	10
55/2022	Bebauungsplan Nr. 1b „Veltruper Kirchweg“ - 16. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt 1. Änderung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) 2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis 24.10.2022	14
56/2022	Bebauungsplan Nr. 14 „Bismarckstraße – Teil I“ - Aufstellung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt 1. Aufstellung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) 2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis 24.10.2022	18
57/2022	Bebauungsplan Nr. 42b „Terbergerstraße / nördlicher Teil“ - 1. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt 1. Änderung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB) 2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis 24.10.2022	22
58/2022	85. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bebauungsplan Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II“ 1. Änderung gemäß § 1 (8) BauGB 2. Durchführung der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 (1) BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022	26

b.w.

59/2022	Bebauungsplan Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II“ Aufstellung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt 1. Aufstellung gemäß § 2 (1) BauGB 2. Durchführung der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 (1) BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022 .....	30
60/2022	Bebauungsplan Nr. 62 „südlich Niedenkampstraße“ – 7. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit .....	34
61/2022	Bebauungsplan Nr. 27 "nördlich Emsdettener Straße / ostwärts Hollicher Straße" - 11. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit .....	38
62/2022	Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 (1) Nr. 2 BauGB für die Flächen zur Erweiterung der Wohnbauflächen Borghorst-Südwest .....	42
63/2022	Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 (1) Nr. 2 BauGB für die Flächen zur Erweiterung der Wohnbauflächen Borghorst-Südost .....	45
64/2022	Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 (1) Nr. 2 BauGB für die Flächen zur Erweiterung des Gewerbegebietes Seller Esch – Teil II.....	48
65/2022	Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 (1) Nr. 2 BauGB für die Flächen zur Erweiterung des Gewerbegebietes Sonnenschein.....	51

## **Bekanntmachung**

---

### **1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Kreisstadt Steinfurt (Vergnügungssteuersatzung) vom 08.11.2013**

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 01.12.2021 (GV. NRW. S. 1346) und der §§ 1 bis 3 und § 20 Abs. 2 Buchst. b des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21.10.1969 (GV NRW. S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2019 (GV. NRW. S. 1029), hat der Rat der Stadt Steinfurt in seiner Sitzung am 01.09.2022 folgende Vergnügungssteuersatzung beschlossen:

#### **I. Allgemeine Bestimmungen**

##### **§ 1 Steuergegenstand**

Der Besteuerung unterliegen die im Gebiet der Stadt Steinfurt veranstalteten nachfolgenden Vergnügungen (Veranstaltungen):

1. Striptease-Vorführungen und Darbietungen ähnlicher Art;
2. Vorführungen von pornographischen und ähnlichen Filmen oder Bildern – auch in Kabinen-;
3. das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten in
  - a) Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen,
  - b) Gastwirtschaften, Beherbergungsbetrieben, Vereins-, Kantinen- oder ähnlichen Räumen sowie an anderen für jeden zugänglichen Orten.

Als Spielapparate gelten insbesondere auch Personalcomputer, die überwiegend zum individuellen Spielen oder zum gemeinsamen Spielen in Netzwerken oder über das Internet verwendet werden.

##### **§ 2**

#### **Steuerfreie Veranstaltungen**

Steuerfrei sind

1. Familienfeiern, Betriebsfeiern und nicht gewerbsmäßige Veranstaltungen von Vereinen, sowie Tanzveranstaltungen;
2. Veranstaltungen von Gewerkschaften, politischen Parteien und Organisationen sowie von Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts oder ihrer Organe;
3. Veranstaltungen, deren Überschuss ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 52, 53 AO verwendet wird, wenn der Zweck bei der Anmeldung nach § 9 angegeben worden ist und der verwendete Betrag mindestens die Höhe der Steuer erreicht;
4. das Halten von Apparaten nach § 1 Nr. 3 im Rahmen von Volksbelustigungen, Jahrmärkten, Kirmessen und ähnlichen Veranstaltungen.

### **§ 3**

#### **Steuerschuldner**

Steuerschuldner ist der Unternehmer der Veranstaltung (Veranstalter). In den Fällen des § 1 Nr. 3 ist der Halter der Apparate (Aufsteller) Veranstalter.

### **§ 4**

#### **Erhebungsformen**

(1) Die Steuer wird erhoben als

1. Kartensteuer nach §§ 5 und 6,
2. Pauschsteuer nach §§ 7 bis 9.

(2) Ist die Pauschsteuer höher als die Kartensteuer, wird die Pauschsteuer erhoben.

(3) Die Steuer ist für jede Veranstaltung gesondert zu berechnen. Finden im Zeitraum eines Kalendermonats mehrere Veranstaltungen gleicher Art desselben Veranstalters und am gleichen Ort statt, so wird eine Pauschsteuer nach Absatz 1 Ziff. 2 nur dann erhoben, wenn bei Zusammenfassung aller Veranstaltungen dieses Zeitraums die Pauschsteuer höher ist als die Kartensteuer.



## **II. Kartensteuer**

### **§ 5 Eintrittskarten**

- (1) Wird für eine Veranstaltung ein Eintrittsgeld erhoben, so ist der Veranstalter verpflichtet, Eintrittskarten oder sonstige Ausweise, die im Sinne dieser Satzung als Eintrittskarten gelten, auszugeben. Diese müssen die Höhe des Eintrittsgeldes beziffern.
- (2) Der Veranstalter ist verpflichtet, auf die Eintrittspreise sowie gegebenenfalls auf Art und Wert der Zugaben nach § 6 Abs. 2 am Eingang zu den Veranstaltungsräumen und an der Kasse in geeigneter Weise an für die Besucher leicht sichtbarer Stelle hinzuweisen.
- (3) Bei der Anmeldung der Veranstaltung (§ 9) hat der Veranstalter die Eintrittskarten oder sonstigen Ausweise, die zu der Veranstaltung ausgegeben werden sollen, der Stadt Steinfurt vorzulegen.
- (4) Über die ausgegebenen Eintrittskarten oder sonstigen Ausweise hat der Veranstalter für jede Veranstaltung einen Nachweis zu führen. Dieser ist sechs Monate lang aufzubewahren und der Stadt Steinfurt auf Verlangen vorzulegen.
- (5) Die Abrechnung der Eintrittskarten ist der Stadt Steinfurt binnen 7 Werktagen nach der Veranstaltung, bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen monatlich bis zum 7. Werktag des nachfolgenden Kalendermonats vorzulegen.

### **§ 6 Steuermaßstab und Steuersatz**

- (1) Die Kartensteuer wird nach dem auf der Karte angegebenen Preis und der Zahl der ausgegebenen Eintrittskarten (§ 5) berechnet. Sie ist nach dem Entgelt zu berechnen, wenn dieses höher ist als der auf der Eintrittskarte angegebene Preis.
- (2) Entgelt ist die gesamte Vergütung, die vor, während oder nach der Veranstaltung für die Teilnahme erhoben wird. In einem Teilnahmeentgelt enthaltene Beträge für Speisen und Getränke oder sonstige Zugaben bleiben bei der Steuerberechnung außer Ansatz. Sofern der Wert der den Teilnehmern gewährten Zugaben nicht exakt ermittelt werden kann, legt die Stadt den Abzugsbetrag nach Satz 2 unter Würdigung aller Umstände pauschal fest.
- (3) Der Steuersatz beträgt 22 v. H. des Eintrittspreises oder Entgelts.
- (4) Die Stadt Steinfurt kann den Veranstalter vom Nachweis der Anzahl der ausgegebenen Eintrittskarten und ihrer Preise befreien und den Steuerbetrag mit ihm vereinbaren, wenn dieser Nachweis im Einzelfalle besonders schwierig ist.

### III. Pauschsteuer

#### § 7

#### Nach dem Einspielergebnis bzw. der Anzahl der Apparate

- (1) Die Steuer für das Halten von Spiel-, Musik-, Geschicklichkeits-, Unterhaltungs- oder ähnlichen Apparaten bemisst sich bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit nach dem Einspielergebnis, bei Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit nach deren Anzahl. Einspielergebnis ist der Betrag der elektronisch gezählten Brutto-Kasse. Dieser errechnet sich aus der elektronisch gezählten Kasse zzgl. Röhren- bzw. Geldschein-Dispenser-Entnahme (sog. Fehlbetrag), abzüglich Röhren- bzw. Geldschein-Dispenser-Auffüllung, Falschgeld, Prüftestgeld und Fehlgeld.

Die Steuer beträgt je Apparat und angefangenen Kalendermonat bei der Aufstellung

1. in Spielhallen oder ähnlichen Unternehmen (§ 1 Nr. 3 a)

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit 20 v.H. des Einspielergebnisses  
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit 40,00 Euro

2. in Gastwirtschaften und sonstigen Orten (§ 1 Nr. 3 b) bei

Apparaten mit Gewinnmöglichkeit 7 v.H. des Einspielergebnisses  
Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit 30,00 Euro

3. in Spielhallen, Gastwirtschaften und an sonstigen Orten (§ 1 Nr. 3 a und b) bei Apparaten, mit denen Gewalttätigkeiten gegen Menschen und/oder Tiere dargestellt werden oder die die Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges oder pornographische und die Würde des Menschen verletzende Praktiken zum Gegenstand haben  
240,00 Euro

- (2) Besitzt ein Apparat mehrere Spieleinrichtungen, so gilt jede dieser Einrichtungen als ein Apparat. Apparate mit mehr als einer Spieleinrichtung sind solche, an denen gleichzeitig zwei oder mehr Spielvorgänge ausgelöst werden können.

- (3) Tritt im Laufe eines Kalendermonats an die Stelle eines Apparates ein gleichartiger Apparat, so wird die Steuer für diesen Kalendermonat nur einmal erhoben.

- (4) Der Halter hat die erstmalige Aufstellung eines Apparates vor dessen Aufstellung, jede Änderung hinsichtlich Art und Anzahl der Apparate an einem Aufstellort bis zum 7. Werktag des folgenden Kalendermonats schriftlich anzuzeigen. Bei verspäteter Anzeige bezüglich der Entfernung eines Apparates gilt als Tag der Beendigung des Haltens der Tag des Anzeigeneingangs. Ein Apparatetausch im Sinne des Abs. 3 braucht nicht angezeigt zu werden.

**§ 8****Nach der Größe des benutzten Raumes**

- (1) Für die Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1 ist die Pauschsteuer nach der Größe des benutzten Raumes zu erheben, wenn kein Eintrittsgeld erhoben wird. Die Größe des Raumes berechnet sich nach dem Flächeninhalt der für die Veranstaltung und die Teilnehmer bestimmten Räume einschließlich des Schankraumes, aber ausschließlich der Küche, Toiletten und ähnlichen Nebenräumen. Entsprechendes gilt für Veranstaltungen im Freien.
- (2) Die Pauschsteuer beträgt je Veranstaltungstag und angefangene zehn Quadratmeter Veranstaltungsfläche 1,25 Euro. Endet eine Veranstaltung erst am Folgetag, wird ein Veranstaltungstag für die Berechnung zu Grunde gelegt.
- (3) Die Stadt Steinfurt kann den Steuerbetrag mit dem Veranstalter vereinbaren, wenn die Ermittlung der Veranstaltungsfläche besonders schwierig ist.

**IV. Gemeinsame Bestimmungen****§ 9****Anmeldung und Sicherheitsleistung**

- (1) Die Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1 – 2 sind spätestens zwei Wochen vor deren Beginn bei der Stadt Steinfurt anzumelden. Bei unvorbereiteten und nicht vorherzusehenden Veranstaltungen ist die Anmeldung an dem auf die Veranstaltung folgenden Werktag nachzuholen. Veränderungen, die sich auf die Höhe der Steuer auswirken, sind umgehend anzuzeigen.
- (2) Bei mehreren aufeinander folgenden oder regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1 – 2 eines Veranstalters am selben Veranstaltungsort ist eine einmalige Anmeldung ausreichend. Im Einzelfall können abweichende Regelungen getroffen werden.
- (3) Die Stadt Steinfurt ist berechtigt, eine Sicherheitsleistung in Höhe der voraussichtlichen Steuerschuld zu verlangen. Bei mehreren geplanten Veranstaltungen innerhalb eines Kalendermonats ist der Gesamtbetrag dieses Monats maßgebend. Die Sicherheitsleistung beträgt im Falle des § 1 Nr. 3 mindestens 10.000 Euro.

**§ 10****Entstehung des Steueranspruches**

Der Vergnügungssteueranspruch entsteht im Falle der Pauschsteuer nach § 7 mit der Aufstellung des Apparates an den in § 1 Nr. 3 genannten Orten, ansonsten mit dem Abschluss der Veranstaltung.

**§ 11****Festsetzung und Fälligkeit**

- (1) Die Vergnügungssteuer wird als Jahressteuer festgesetzt. Die Stadt Steinfurt ist berechtigt, bei regelmäßig wiederkehrenden Veranstaltungen die Pauschsteuer für einzelne Kalendervierteljahre im Voraus festzusetzen. In diesen Fällen ist die Steuer für das jeweilige Kalendervierteljahr zum 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November zu entrichten.

- (2) Die Vergnügungssteuer, die für zurückliegende Zeiträume festgesetzt wird, ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.
- (3) Bei Apparaten mit Gewinnmöglichkeit im Sinne des § 7 ist der Steuerschuldner verpflichtet, die Steuer selbst zu errechnen. Bis zum 15. Tag nach Ablauf eines Kalendervierteljahres ist der Stadt eine Steueranmeldung nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck einzureichen. Die Steuer wird mit Steuerbescheid festgesetzt und ist innerhalb von 14 Tagen nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.
- (4) Bei der Besteuerung nach den Einspielergebnissen sind den Steueranmeldungen nach Abs. 3 Zählwerk-Ausdrucke für den jeweiligen Abrechnungszeitraum beizufügen, die als Angaben mindestens Geräteart, Gerätetyp, Gerätenummer, die fortlaufende Nummer des Zählwerkausdruckes und die für die Besteuerung nach § 7 notwendigen Angaben enthalten müssen.

## **§ 12 Verspätungszuschlag**

Die Festsetzung eines Verspätungszuschlages bei Nichtabgabe oder nicht fristgerechter Abgabe einer Steuererklärung (Steueranmeldung) erfolgt nach der Vorschrift des § 152 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung.

## **§ 13 Steuerschätzung**

Soweit die Stadt die Besteuerungsgrundlagen nicht ermitteln oder berechnen kann, kann sie sie schätzen. Es gilt § 162 Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung.

## **§ 14 Steueraufsicht und Prüfungsvorschriften**

Die Stadt Steinfurt ist berechtigt, jederzeit zur Nachprüfung der Steueranmeldungen und zur Feststellung von Steuertatbeständen die Veranstaltungsräume zu betreten, Geschäftsunterlagen einzusehen und die Vorlage aktueller Zählwerkausdrucke zu verlangen.

## **§ 15 Ordnungswidrigkeiten**

Ordnungswidrig im Sinne von § 20 Abs. 2 Buchstabe b) des Kommunalabgaben-gesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen vom 21. Oktober 1969 -in der aktuell geltenden Fassung- handelt, wer als Veranstalter vorsätzlich oder leichtfertig folgenden Vorschriften bzw. Verpflichtungen zuwiderhandelt:

1. § 5 Abs. 1: Ausgabe von Eintrittskarten
2. § 5 Abs. 2: Hinweis auf die Eintrittspreise
3. § 5 Abs. 3: Vorlage der Eintrittskarten bei der Anmeldung der Veranstaltung
4. § 5 Abs. 4: Führung und Aufbewahrung des Nachweises über die ausgegebenen Eintrittskarten

5. § 5 Abs. 5: Abrechnung der Eintrittskarten
6. § 7 Abs. 4: Anzeige der erstmaligen Aufstellung eines Spielapparates sowie Änderung (Erhöhung) des Apparatebestandes
7. § 10 Abs. 1: Anmeldung der Veranstaltung und umgehende Anzeige von steuererhöhenden Änderungen
8. § 12 Abs. 3: Einreichung der Steueranmeldung
9. § 12 Abs. 5: Einreichung der Zählwerkausdrucke

## **§ 16 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt zum 15.09.2022 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Steinfurt (Vergnügungssteuersatzung) vom 08.11.2013 außer Kraft.

### **Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 07.09.2022  
Az.: 20/Re

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin

---

## **Bekanntmachung**

---

### **Bebauungsplan Nr. 48c „Steintorfeldmark“ - 4. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt**

#### **1. Änderung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**

#### **2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis 24.10.2022**

#### **1. Änderung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 09.06.2022 folgenden Beschluss gefasst:

„Der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 48c „Steintorfeldmark“ wird für das Flurstück 431, Flur 40, Gemarkung Burgsteinfurt wie folgt geändert:

Die festgesetzte öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielbereich“ wird in ein Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO geändert. Die Festsetzungen zu Art und Maß der baulichen Nutzung, zu Garagen, Carports und Nebenanlagen sowie zur Gestaltung werden denen der vorhandenen Umgebungsbebauung angepasst.

Der Geltungsbereich umfasst das zuvor genannte Flurstück mit einer Größe von ca. 358 m<sup>2</sup>. Er ist in den beigefügten Anlagen 3 und 4 (Maßstab 1 : 1.000) dargestellt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sind gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB durchzuführen.“

#### **2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB**

Gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB liegt der 4. Änderungsentwurf des Bebauungsplanes Nr. 48c "Steintorfeldmark" nebst Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen

**in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022**

während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 48c „Steintorfeldmark“ soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt werden. Da mit der vorgesehenen Änderung keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind, wird von einer Umweltprüfung gemäß § 2 (4) BauGB abgesehen.

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt,
- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung, Zimmer 238 bis 240, z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i. V. m. § 3 (2) Satz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 239 an. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungsfrist ist aufgrund der Herbstferien um 1 Woche ausgedehnt worden.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse [www.steinfurt.de](http://www.steinfurt.de), Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

#### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 09.06.2022 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

#### **Bekanntmachungsanordnung:**

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 02.09.2022

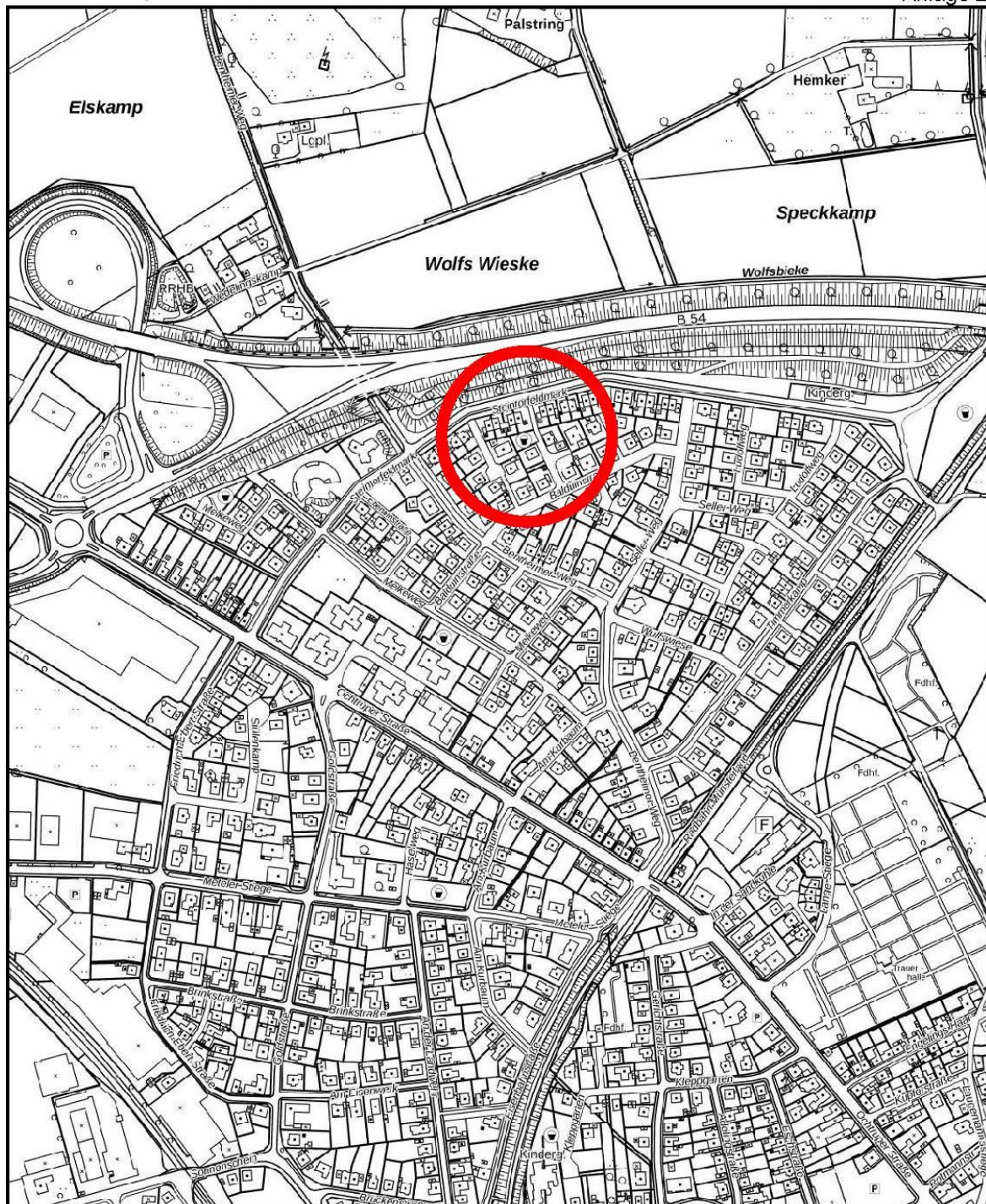
Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
Bebauungsplan Nr. 48c „Steintorfeldmark“ – 4. Änderung  
**Übersichtsplan**

## Anlage 2



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

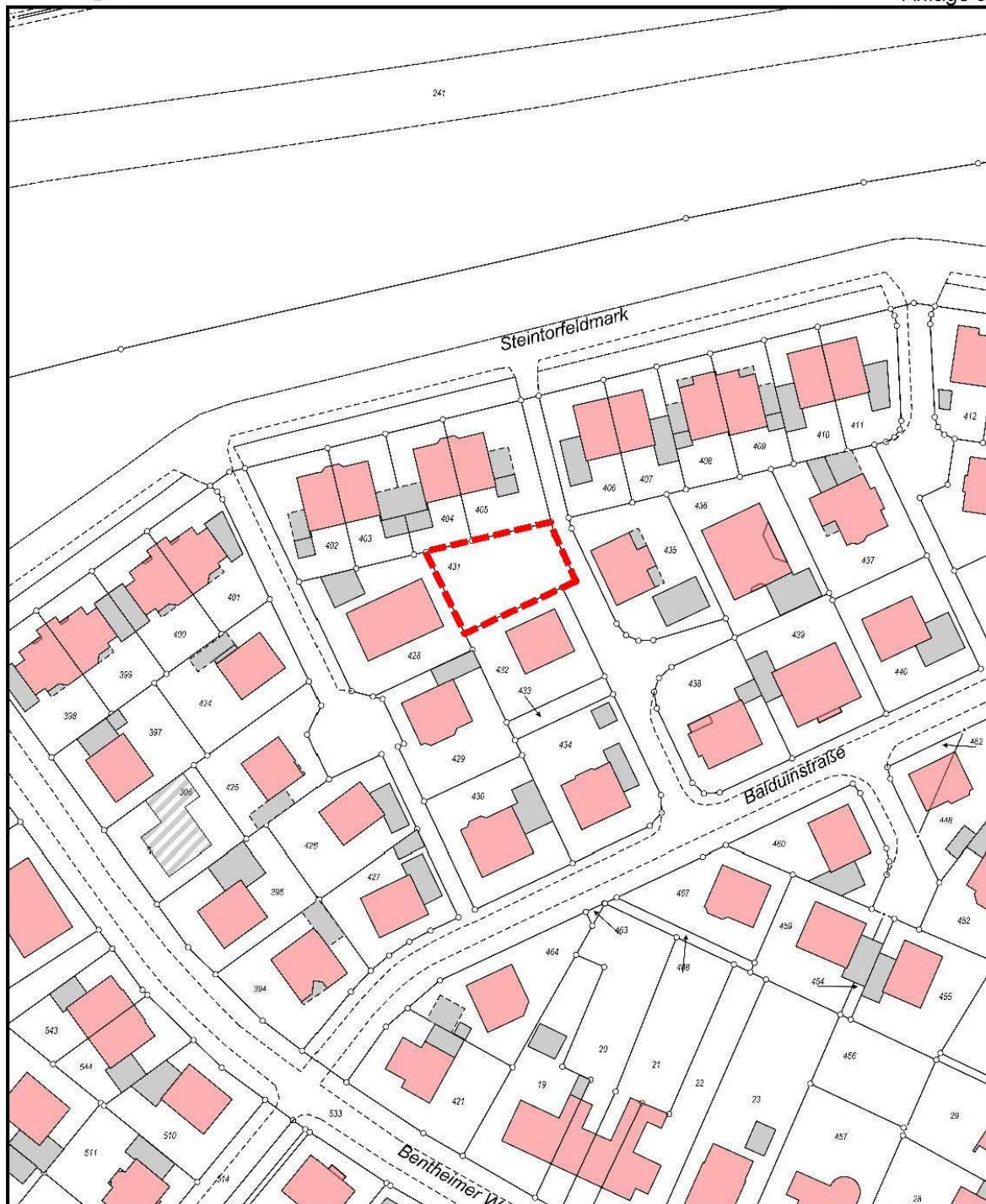
Maßstab 1 : 5.000





Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
Bebauungsplan Nr. 48c „Steintorfeldmark“ – 4. Änderung  
**Geltungsbereich**

Anlage 3



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 1.000



## **Bekanntmachung**

---

### **Bebauungsplan Nr. 1b „Veltruper Kirchweg“ - 16. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt**

#### **1. Änderung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**

#### **2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis 24.10.2022**

#### **1. Änderung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 09.06.2022 folgenden Beschluss gefasst:

„Der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 1b „Veltruper Kirchweg“ wird für das Flurstück 1136, Flur 29, Gemarkung Burgsteinfurt wie folgt geändert:

Die festgesetzte öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ wird in ein Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO geändert. Die Festsetzungen zu Art und Maß der baulichen Nutzung, zu Garagen, Carports und Nebenanlagen sowie zur Gestaltung werden denen der vorhandenen Umgebungsbebauung angepasst.

Der Geltungsbereich umfasst das zuvor genannte Flurstück mit einer Größe von ca. 377 m². Er ist in den beigefügten Anlagen 3 und 4 (Maßstab 1 : 1.000) dargestellt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sind gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB durchzuführen.“

#### **2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB**

Gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB liegt der 16. Änderungsentwurf des Bebauungsplanes Nr. 1b "Veltruper Kirchweg" nebst Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen

**in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022**

während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Die 16. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 1b „Veltruper Kirchweg“ soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt werden. Da mit der vorgesehenen Änderung keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind, wird von einer Umweltprüfung gemäß § 2 (4) BauGB abgesehen.

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt,
- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung, Zimmer 238 bis 240, z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i. V. m. § 3 (2) Satz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 239 an. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungsfrist ist aufgrund der Herbstferien um 1 Woche ausgedehnt worden.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse [www.steinfurt.de](http://www.steinfurt.de), Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 09.06.2022 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

### **Bekanntmachungsanordnung:**

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 02.09.2022

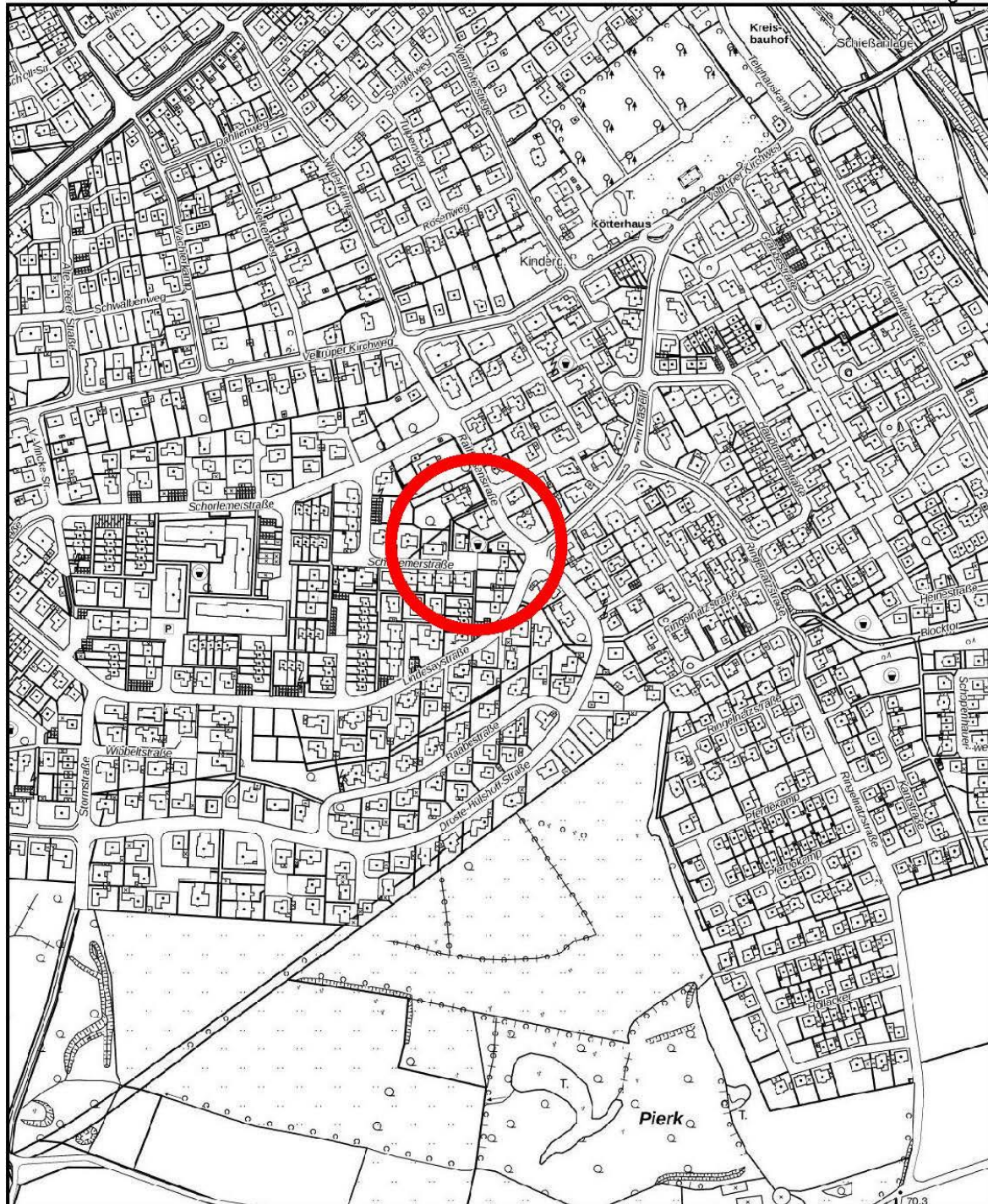
Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
Bebauungsplan Nr. 1b „Veltruper Kirchweg“ – 16. Änderung  
**Übersichtsplan**

## Anlage 2



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

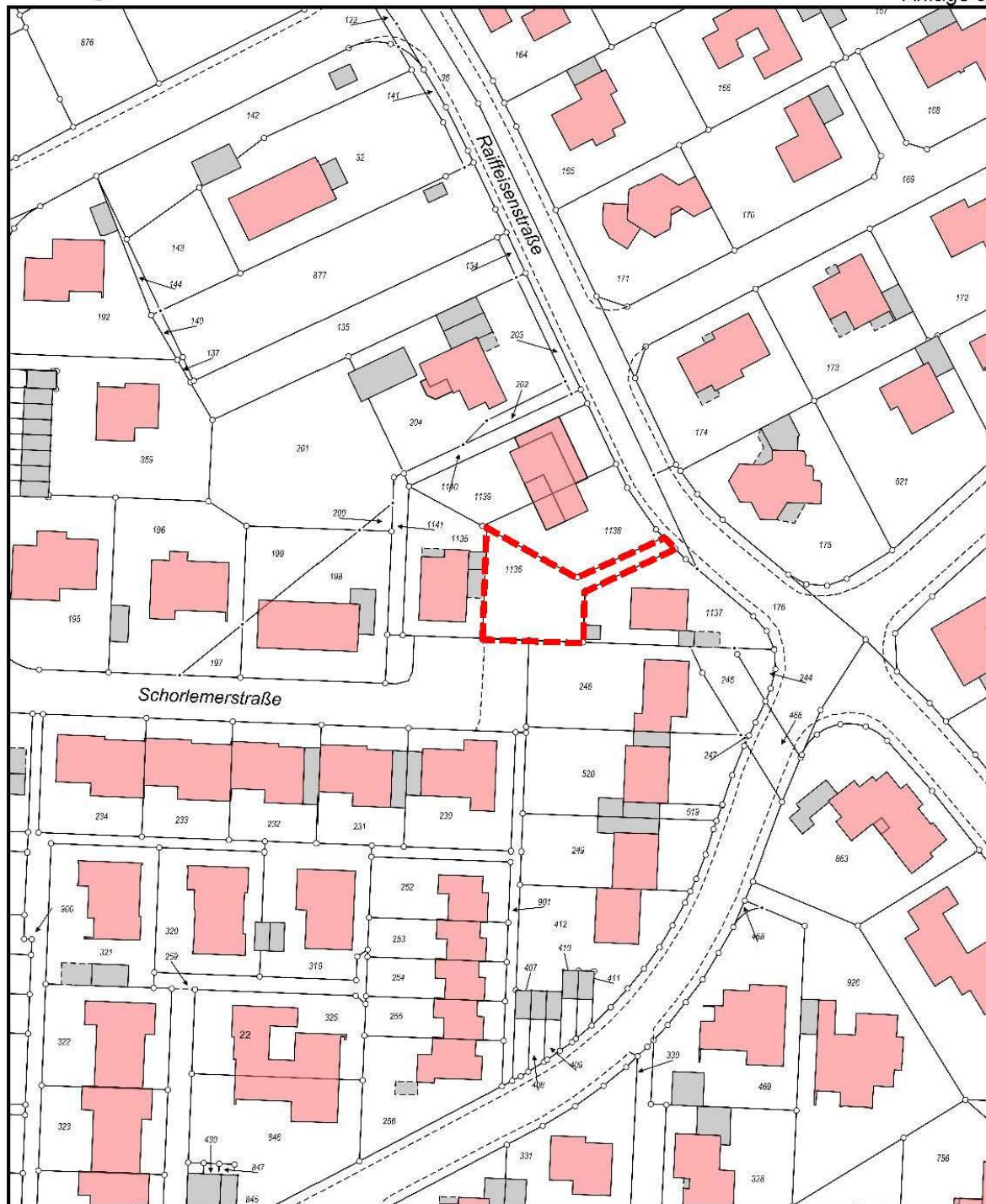


Maßstab 1 : 5.000



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
Bebauungsplan Nr. 1b „Veltruper Kirchweg“ – 16. Änderung  
Geltungsbereich

Anlage 3



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 1.000



## **Bekanntmachung**

---

### **Bebauungsplan Nr. 14 „Bismarckstraße – Teil I“ - Aufstellung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt**

#### **1. Aufstellung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**

#### **2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis 24.10.2022**

#### **1. Aufstellung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 24.06.2021 folgenden Beschluss gefasst:

„Zur Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 14 „Bismarckstraße – Teil I“ gemäß § 13a BauGB beschlossen.

Der Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Burgsteinfurt, Flur 18 die Flurstücke 16, 17, 18, 19, 20, 21, 23, 24, 152, 153, 229, 235, 332, 430 und 431 (tlw.).

Der räumliche Geltungsbereich hat eine Größe von insgesamt ca. 14.170 m<sup>2</sup>. Er ist in den beigefügten Anlagen 3 und 4 (Maßstab 1:1.250) dargestellt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sind gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB durchzuführen.

Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB anzupassen.“

#### **2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB**

Gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB liegt der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 14 "Bismarckstraße – Teil I" nebst Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen

**in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022**

während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 14 „Bismarckstraße – Teil I“ soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt werden. Da mit der vorgesehenen Änderung keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind, wird von einer Umweltprüfung gemäß § 2 (4) BauGB abgesehen.

Folgende umweltbezogene Informationen liegen bereits vor und können eingesehen werden:

- Artenschutzvorprüfung des Büros arbeitsgruppe raum & umwelt, Münster, vom 12.05.2022 mit Aussagen zu **planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten**
- Schalltechnische Untersuchung, erstellt durch das Planungsbüro für Lärmschutz, Senden, vom November 2021 mit Informationen zu den **Schallemissionen und -immissionen** im Plangebiet und der näheren Umgebung

- Karte der **schutzwürdigen Böden** (Geologischer Dienst NRW).

Folgende Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** liegen vor:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt.

Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung, Zimmer 238 bis 240, z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i. V. m. § 3 (2) Satz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 239 an. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungsfrist ist aufgrund der Herbstferien um 1 Woche ausgedehnt worden.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse [www.steinfurt.de](http://www.steinfurt.de), Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

#### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 24.06.2021 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

#### **Bekanntmachungsanordnung:**

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 05.09.2022

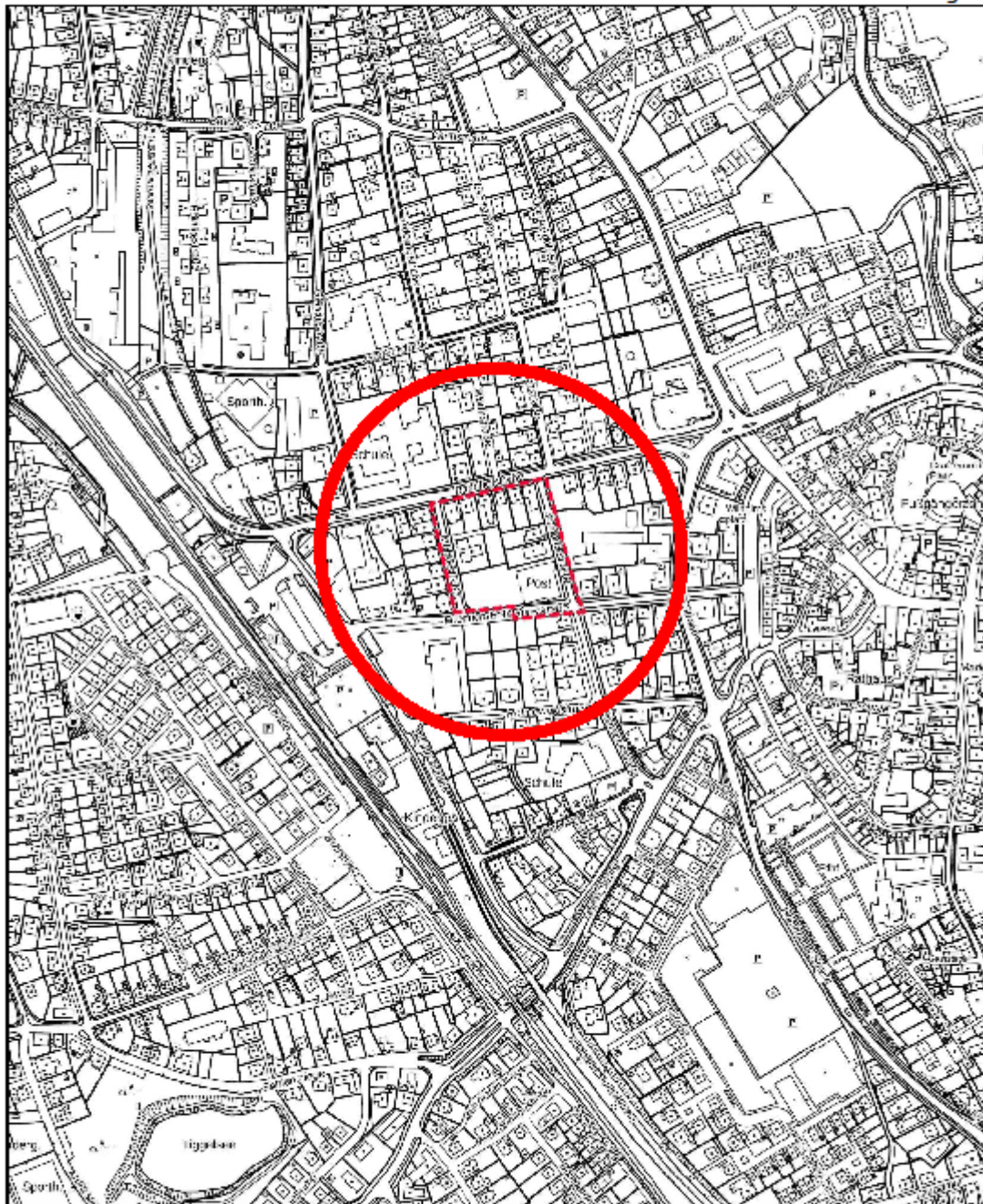
Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
Bebauungsplan Nr. 14 „Bismarckstraße – Teil I“  
**Übersichtsplan**

## Anlage 2



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 5.000





Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
Bebauungsplan Nr. 14 „Bismarckstraße – Teil I“  
Geltungsbereich

Anlage 3



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 1.250



## **Bekanntmachung**

---

**Bebauungsplan Nr. 42b „Terbergerstraße / nördlicher Teil“ - 1.  
Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
1. Änderung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)  
2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB  
in der Zeit vom 16.09.2022 bis 24.10.2022**

### **1. Änderung gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 16.12.2021 folgenden Beschluss gefasst:

„Der rechtskräftige Bebauungsplan Nr. 42b „Terbergerstraße / nördlicher Teil“ wird für das Flurstück 403 (tlw.), Flur 1, Gemarkung Burgsteinfurt wie folgt geändert:

Die festgesetzte öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ wird in ein Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO geändert.

Der Geltungsbereich umfasst die durch den Bebauungsplan Nr. 42b in der Gemarkung Burgsteinfurt, Flur 1 auf dem Flurstück 403 festgesetzte öffentliche Grünfläche mit einer Größe von ca. 570 m². Er ist in den beigefügten Anlagen 3 und 4 (Maßstab 1 : 1.000) dargestellt.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sind gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB durchzuführen.

Der Flächennutzungsplan ist im Wege der Berichtigung gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB anzupassen.“

### **2. Durchführung der öffentlichen Auslegung gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB**

Gemäß § 13a (2) Nr. 1 BauGB liegt der 1. Änderungsentwurf des Bebauungsplanes Nr. 42b "Terbergerstraße / nördlicher Teil" nebst Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen

**in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022**

während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 42b „Terbergerstraße / nördlicher Teil“ soll im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt werden. Da mit der vorgesehenen Änderung keine erheblichen Auswirkungen auf die Umwelt zu erwarten sind, wird von einer Umweltprüfung gemäß § 2 (4) BauGB abgesehen.

Folgende umweltbezogene Informationen und Stellungnahmen sind verfügbar und liegen ebenfalls öffentlich aus:

- Artenschutzvorprüfung des Büros arbeitsgruppe raum & umwelt, Münster, vom 05.09.2022 mit Aussagen zu **planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten**

- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt,

Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung, Zimmer 238 bis 240, z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i. V. m. § 3 (2) Satz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 239 an. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungsfrist ist aufgrund der Herbstferien um 1 Woche ausgedehnt worden.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse [www.steinfurt.de](http://www.steinfurt.de), Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 16.12.2021 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

### **Bekanntmachungsanordnung:**

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 05.09.2022

Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin

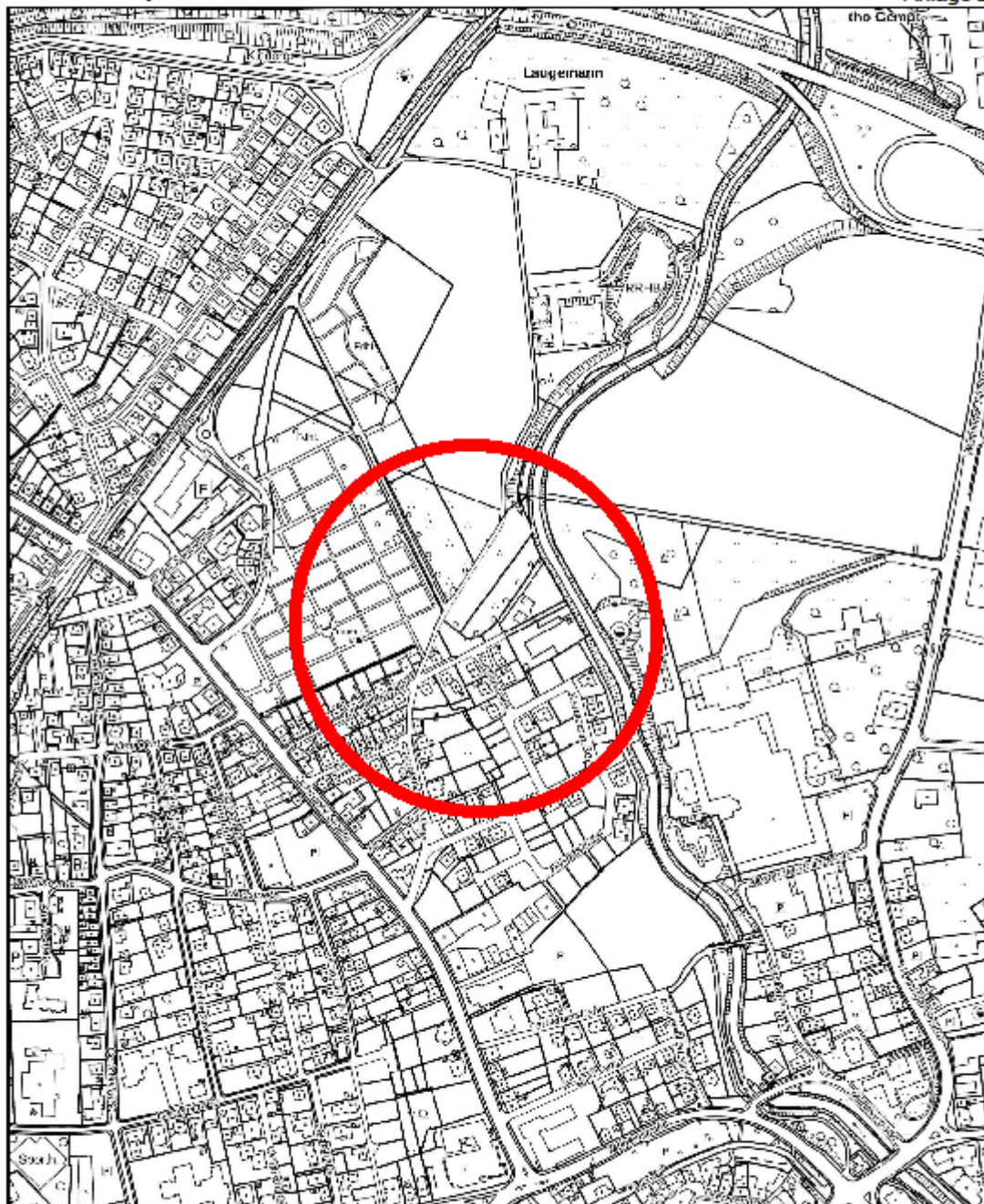


## Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt

## Bebauungsplan Nr. 42b „Terbergerstraße / nördlicher Teil“ – 1. Änderung

## Übersichtsplan

Anlage 2



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 5.000

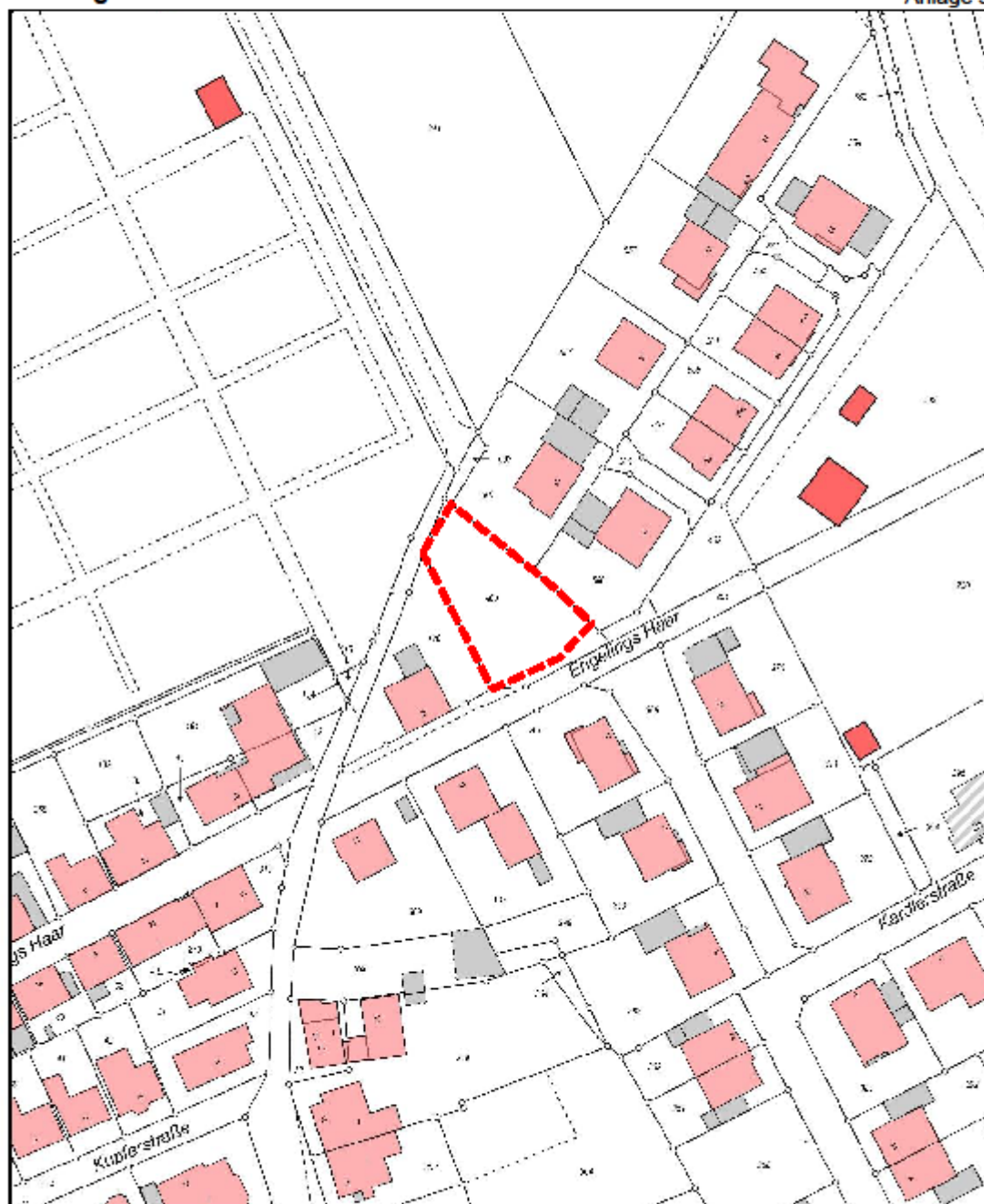


## Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt

## Bebauungsplan Nr. 42b „Terbergerstraße / nördlicher Teil“ – 1. Änderung

## Geltungsbereich

Anlage 3



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 1.000



## **Bekanntmachung**

---

### **85. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bebauungsplan Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II**

#### **1. Änderung gemäß § 1 (8) BauGB**

#### **2. Durchführung der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 (1) BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022**

#### **1. Änderung gemäß § 1 (8) BauGB**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 16.12.2021 den nachstehend aufgeführten Beschluss gefasst:

„Der wirksame Flächennutzungsplan der Kreisstadt Steinfurt wird für den Bereich der Flurstücke 230, 231 (tlw.) und 232 (tlw.), Flur 1, Gemarkung Burgsteinfurt wie folgt geändert:

Die dargestellte gewerbliche Baufläche gemäß § 1 (1) Nr. 1 BauNVO wird geändert in eine Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Spielplatz“ gemäß § 5 (2) Nr. 5 BauGB.

Der Geltungsbereich der 85. Änderung des Flächennutzungsplanes umfasst die gewerbliche Baufläche zu einer Größe von ca. 4.600 qm und ist der beigefügten Anlage 4 zu entnehmen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB sind durchzuführen.“

#### **2. Durchführung der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 (1) BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022**

Gemäß § 3 (1) BauGB wird das Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung durchgeführt. Die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung werden öffentlich dargelegt und die voraussichtlichen Auswirkungen aufgezeigt. Der Entwurf der Flächennutzungsplanänderung nebst Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen liegen

**in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022**

während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Folgende umweltbezogene Informationen und Stellungnahmen sind verfügbar und liegen ebenfalls öffentlich aus:

- Artenschutzvorprüfung des Büros arbeitsgruppe raum & umwelt, Münster, vom 05.09.2022 mit Aussagen zu **planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten**
- Bodenuntersuchung der geplanten Spielplatzfläche Engelings Haar, erstellt durch die Wesseling GmbH, Altenberge, vom 17.05.2022 mit Informationen zur **Altlastensituation**
- Karte der **schutzwürdigen Böden** (Geologischer Dienst NRW).

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt.

Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung, Zimmer 238 bis 240, z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i. V. m. § 3 (2) Satz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 239 an. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungsfrist ist aufgrund der Herbstferien um 1 Woche ausgedehnt worden.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse [www.steinfurt.de](http://www.steinfurt.de), Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 16.12.2021 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

### **Bekanntmachungsanordnung:**

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen, öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 05.09.2022

Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
85. Änderung des Flächennutzungsplanes  
**Übersichtsplan**

## Anlage 2



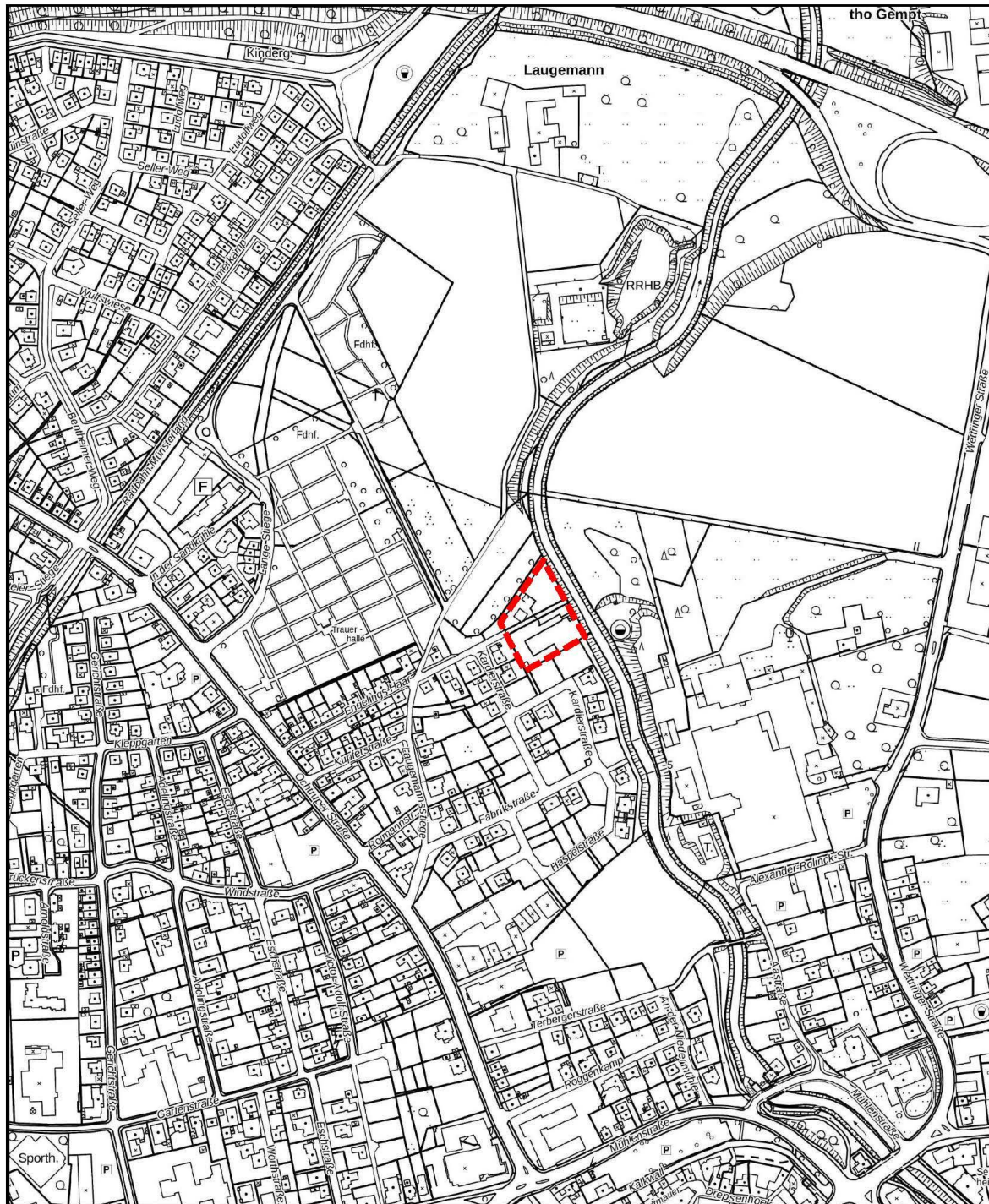
Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 5.000





Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
85. Änderung des Flächennutzungsplanes  
**Übersichtsplan**



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 5.000



## **Bekanntmachung**

---

**Bebauungsplan Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II“  
Aufstellung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
hier: 1. Aufstellung gemäß § 2 (1) BauGB  
2. Durchführung der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 (1) BauGB  
in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022**

### **1. Aufstellung gemäß § 2 (1) BauGB**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 16.12.2021 den nachstehend aufgeführten Beschluss gefasst:

„Zur Sicherstellung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung wird die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II“ gemäß § 2 (1) BauGB beschlossen.

Der Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Burgsteinfurt, Flur 1 die Flurstücke 230, 231 (tlw.) und 232 (tlw.).

Der räumliche Geltungsbereich hat eine Größe von insgesamt ca. 4.600 m<sup>2</sup>. Er ist in den beigefügten Anlagen 3 und 4 (Maßstab 1:1.500) dargestellt und schließt auf den teilweise betroffenen Flurstücken 231 und 232 unmittelbar an die Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 42d „östlich Engelings Haar“ an (siehe Anlage 5).

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden gemäß § 4 (1) BauGB sind durchzuführen.“

### **2. Durchführung der frühzeitigen Beteiligung gemäß § 3 (1) BauGB in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022**

Gemäß § 3 (1) BauGB wird das Verfahren zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit an der Bauleitplanung durchgeführt. Die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung werden öffentlich dargelegt und die voraussichtlichen Auswirkungen aufgezeigt. Der Entwurf des Bebauungsplanes nebst Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen liegen

#### **in der Zeit vom 16.09.2022 bis zum 24.10.2022**

während der Dienststunden im Foyer des Rathauses bzw. Zimmer 238 bis 240, II. Obergeschoss, Emsdettener Straße 40, 48565 Steinfurt, Stadtteil Borghorst, zur Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Kinder und Jugendliche aus. Jedermann hat die Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.

Folgende umweltbezogene Informationen und Stellungnahmen sind verfügbar und liegen ebenfalls öffentlich aus:

- Artenschutzvorprüfung des Büros arbeitsgruppe raum & umwelt, Münster, vom 05.09.2022 mit Aussagen zu **planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten**
- Bodenuntersuchung der geplanten Spielplatzfläche Engelings Haar, erstellt durch die Wesseling GmbH, Altenberge, vom 17.05.2022 mit Informationen zur **Altlastensituation**

- Karte der **schutzwürdigen Böden** (Geologischer Dienst NRW).

Auf folgende Arten verfügbarer Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** wird hingewiesen:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt.

Anregungen können während der Auslegungsfrist bei der Stadtverwaltung, Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung, Zimmer 238 bis 240, z.B. per E-Mail, schriftlich oder mündlich zu Protokoll vorgebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist abgegebene Stellungnahmen können gemäß § 4a (6) BauGB i. V. m. § 3 (2) Satz 2 BauGB bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben. Bitte melden Sie sich unter Telefon-Nummer 0 25 52 / 925 – 238 oder 239 an. Die gesetzlich vorgeschriebene Auslegungsfrist ist aufgrund der Herbstferien um 1 Woche ausgedehnt worden.

Gemäß § 4a (4) BauGB ist ergänzend zu der vorgenannten Beteiligung der Öffentlichkeit auch eine Einsichtnahme in die o. a. Unterlagen auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse [www.steinfurt.de](http://www.steinfurt.de), Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“, möglich.

### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 16.12.2021 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

### **Bekanntmachungsanordnung:**

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 3 (2) BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen, öffentlich bekannt gemacht.

Steinfurt, 05.09.2022

Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
Bebauungsplan Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II“  
**Übersichtsplan**

Anlage 2



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

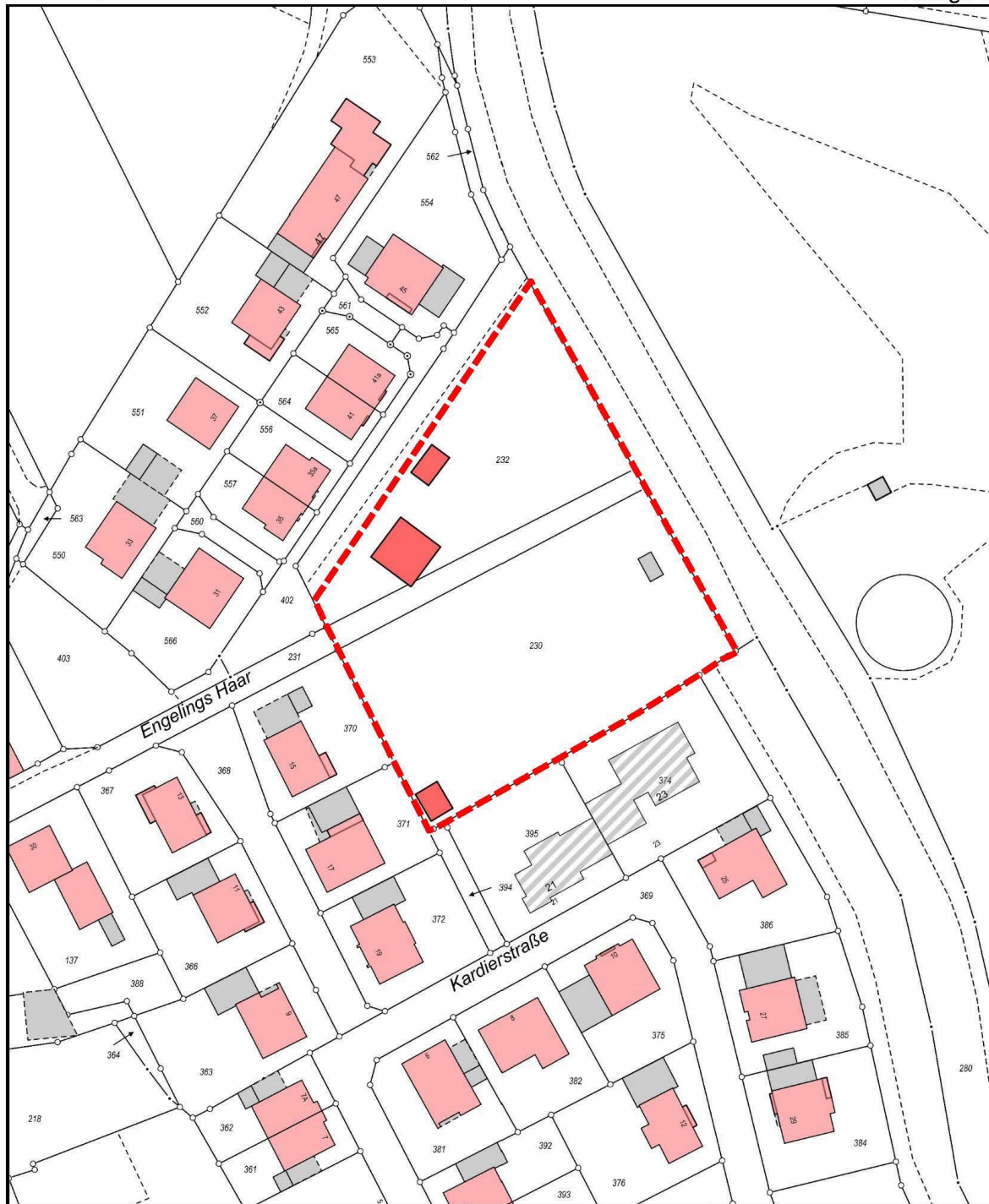
Maßstab 1 : 5.000





Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Burgsteinfurt  
Bebauungsplan Nr. 42f „östlich Engelings Haar – Teil II“  
**Geltungsbereich**

Anlage 3



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 1.500



## **Bekanntmachung**

### **Bebauungsplan Nr. 62 „südlich Niedenkampstraße“ – 7. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 01.09.2022 die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 "südlich Niedenkampstraße" mit den Festsetzungen nach § 9 Baugesetzbuch (BauGB) und § 89 Bauordnung NRW als Satzung zusammen mit der Begründung beschlossen:

*„Gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, wird die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 „Südlich Niedenkampstraße“ mit ihren Festsetzungen nach § 9 BauGB und § 89 Bauordnung NRW als Satzung beschlossen.*

*Die Begründung wird ebenfalls beschlossen.“*

Der Geltungsbereich ist in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten ersichtlich.

Es wird darauf hingewiesen,

dass gemäß § 7 (6) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann,

es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der/die Bürgermeister/in hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Kreisstadt Steinfurt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, und

dass die Verletzung der in § 214 des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 215 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden ist. Mängel des Abwägungsvorgangs sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist schriftlich darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 (3) Satz 1 und 2 sowie (4) des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 „südlich Niedenkampstraße“ und die Begründung liegen gemäß § 10 (3) BauGB bei der Stadtverwaltung Steinfurt im Rathaus, Stadtteil Borghorst, Emsdettener Straße 40, Zimmer 238 bis 240 vom Tage dieser Bekanntmachung an zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden öffentlich aus. Über ihren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Auf die Überleitungsvorschriften in § 233 BauGB wird hingewiesen.

Dieses wird gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der aktuell gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

#### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 01.09.2022 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

#### **Bekanntmachungsanordnung:**

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen, öffentlich bekannt gemacht.

Mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird gemäß § 10 (3) BauGB die 7. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 62 "südlich Niedenkampstraße" rechtsverbindlich.

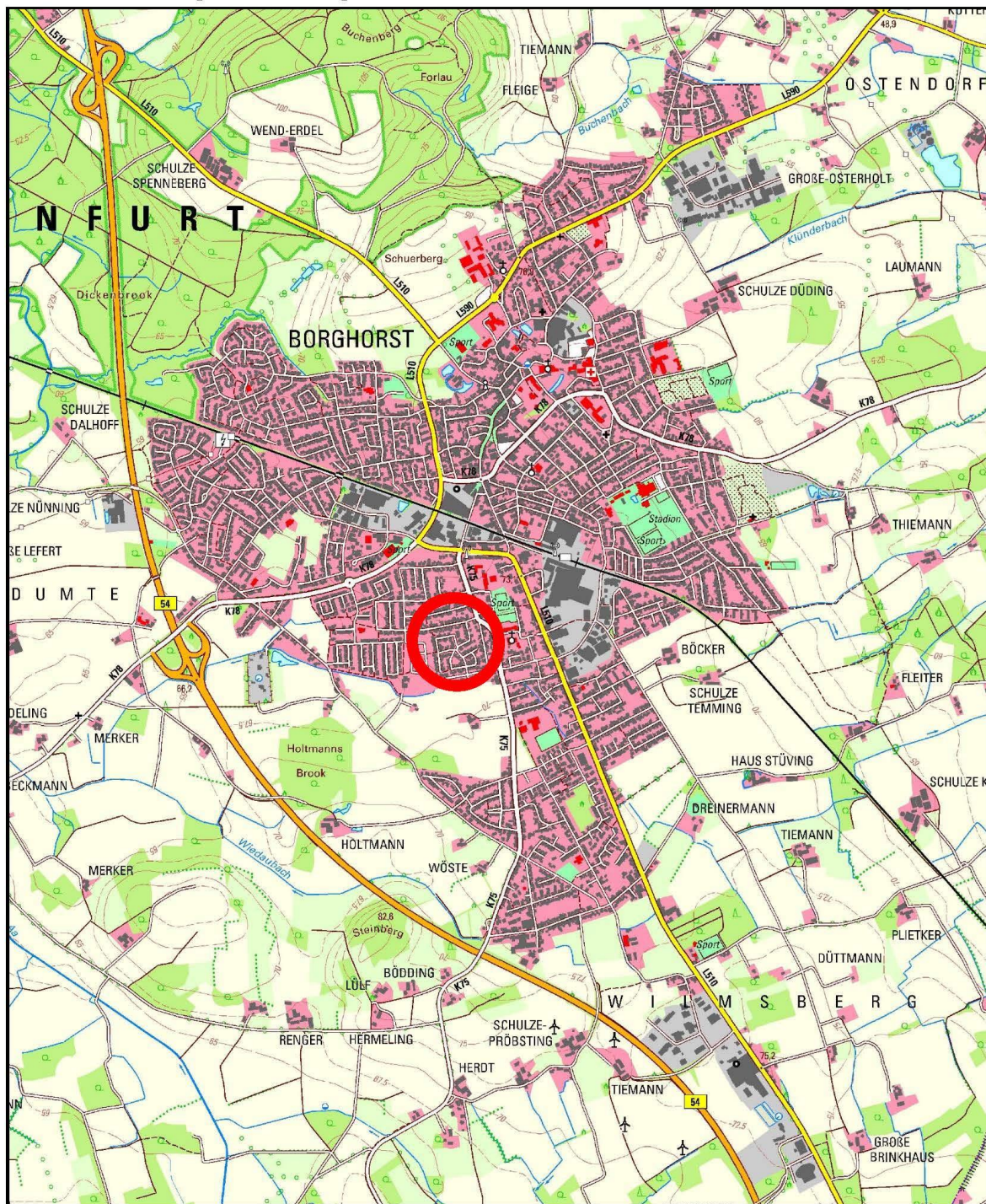
Steinfurt, 06.09.2022

Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin



Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst  
Bebauungsplan Nr. 62 „südlich Niedenkampstraße“ –  
7. Änderung **Lage im Stadtgebiet**



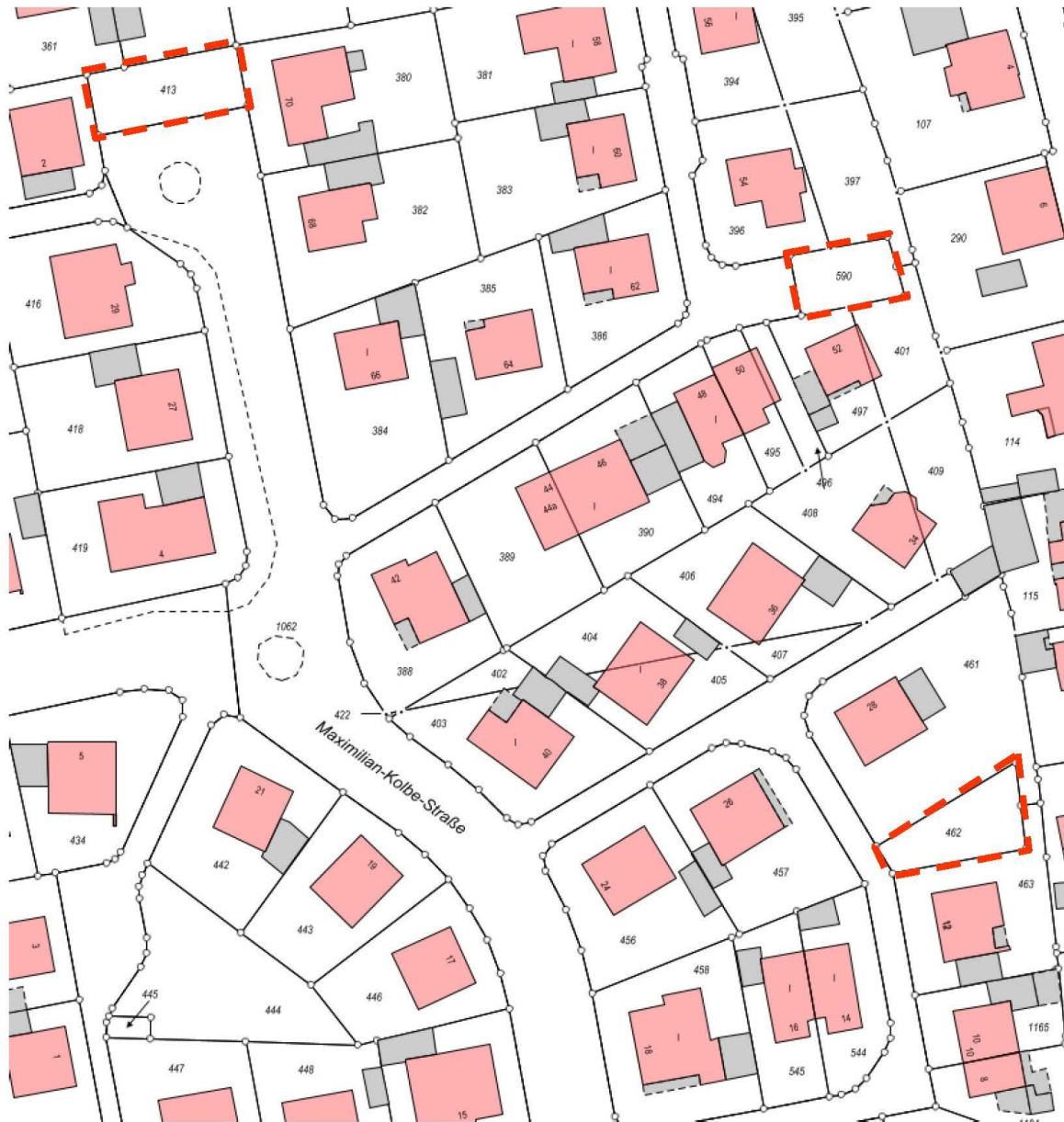
Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Maßstab 1 : 25.000





Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst  
Bebauungsplan Nr. 62 „südlich Niedenkampstraße“ –  
7. Änderung **Geltungsbereich**



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung



## **Bekanntmachung**

### **Bebauungsplan Nr. 27 "nördlich Emsdettener Straße / ostwärts Hollicher Straße"**

#### **- 11. Änderung der Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst hier: Rechtsverbindlichkeit**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 01.09.2022 die 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 27 "nördlich Emsdettener Straße / ostwärts Hollicher Straße" mit den Festsetzungen nach § 9 Baugesetzbuch (BauGB) und § 89 Bauordnung NRW als Satzung zusammen mit der Begründung beschlossen:

*„Gemäß § 10 (1) Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, und §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, wird die 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 27 „nördlich Emsdettener Straße / ostwärts Hollicher Straße“ mit ihren Festsetzungen nach § 9 BauGB und § 89 Bauordnung NRW als Satzung beschlossen.*

*Die Begründung wird ebenfalls beschlossen.“*

Der Geltungsbereich ist in den als Anlage beigefügten Kartenausschnitten ersichtlich.

Es wird darauf hingewiesen,

dass gemäß § 7 (6) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen gegen diese Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit der Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann,

es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der/die Bürgermeister/in hat den Satzungsbeschluss vorher beanstandet, oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Kreisstadt Steinfurt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, und

dass die Verletzung der in § 214 des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften gemäß § 215 BauGB dann unbeachtlich ist, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden ist. Mängel des Abwägungsvorgangs sind ebenfalls unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb von einem Jahr seit dieser Bekanntmachung gegenüber der Kreisstadt Steinfurt geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften oder den Mangel der Abwägung begründen soll, ist schriftlich darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 (3) Satz 1 und 2 sowie (4) des Baugesetzbuches vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Die 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 27 „nördlich Emsdettener Straße / ostwärts Hollicher Straße“ und die Begründung liegen gemäß § 10 (3) BauGB bei der Stadtverwaltung Steinfurt im Rathaus, Stadtteil Borghorst, Emsdettener Straße 40, Zimmer 238 bis 240 vom Tage dieser Bekanntmachung an zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden öffentlich aus. Über ihren Inhalt wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Auf die Überleitungsvorschriften in § 233 BauGB wird hingewiesen.

Dieses wird gemäß §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW 1994 S. 666), in der aktuell gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

#### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 01.09.2022 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

#### **Bekanntmachungsanordnung:**

Gemäß § 2 (4) BekanntmVO wird die vorstehende Bekanntmachung hiermit angeordnet. Vorstehendes wird hiermit gemäß § 10 (3) BauGB in der Fassung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634) und § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60 - 69), in den jeweils aktuell gültigen Fassungen, öffentlich bekannt gemacht.

Mit der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung wird gemäß § 10 (3) BauGB die 11. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 27 "nördlich Emsdettener Straße / ostwärts Hollicher Straße" rechtsverbindlich.

Steinfurt, 06.09.2022

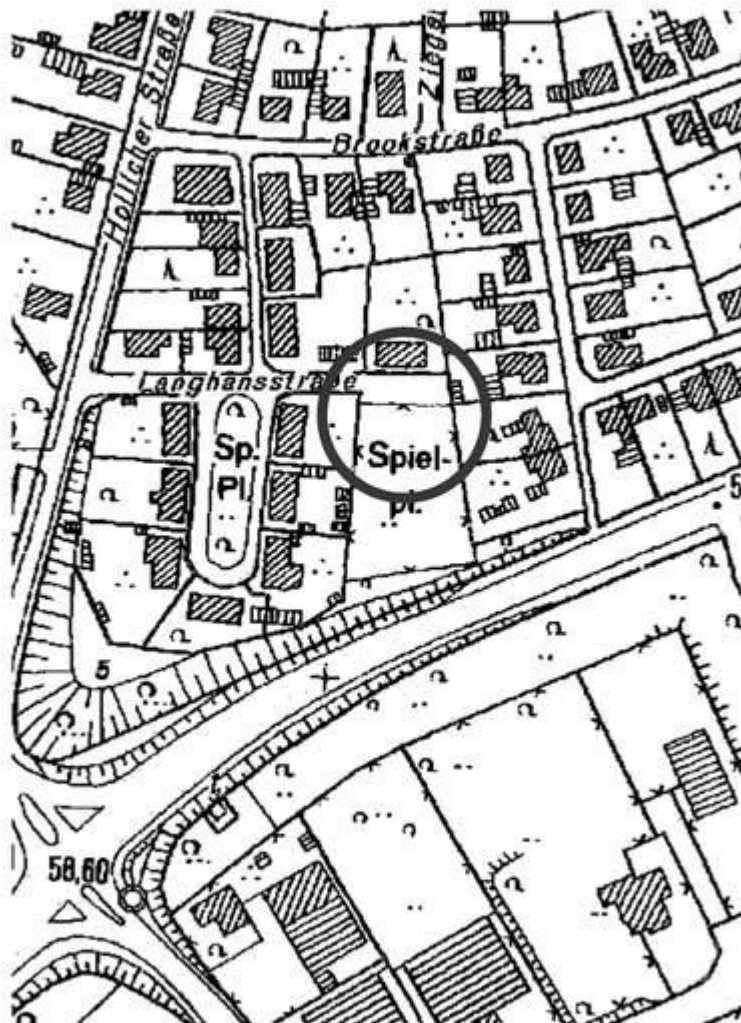
Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin

Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst

Bebauungsplan Nr. 27 „Nördlich Emsdettener Straße / ostwärts Hollicher Straße“ – 11. Änderung

### Übersichtsplan



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung





Kreisstadt Steinfurt, Stadtteil Borghorst  
Bebauungsplan Nr. 27 „Nördlich Emsdettener Straße / ostwärts Hollicher  
Straße“ – 11. Änderung  
**Geltungsbereich**



Kreisstadt Steinfurt  
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung



## **Bekanntmachung**

---

### **Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 (1) Nr. 2 BauGB für die Flächen zur Erweiterung der Wohnbauflächen Borghorst-Südwest**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 01.09.2022 aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, und des § 25 (1) Nr. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1 Anwendungsbereich**

Auf den von dieser Satzung betroffenen Grundstücksflächen soll die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen insbesondere zur Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung nach § 1 (6) Nr. 2 BauGB ermöglicht werden.

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung steht der Kreisstadt Steinfurt in dem nachfolgend näher bezeichneten räumlichen Geltungsbereich ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 (1) Nr. 2 BauGB an bebauten und unbebauten Grundstücken zu.

#### **§ 2 Räumlicher Geltungsbereich**

Der räumliche Geltungsbereich dieser Vorkaufsrechtssatzung umfasst die im seit dem 27.06.2014 wirksamen Regionalplan Münsterland festgelegten Bereiche für die wohnbauliche Nutzung (ASB), die nicht im städtischen Eigentum und bislang weder durch einen Bebauungsplan noch durch eine Vorkaufsrechtssatzung für die städtebaulichen Planungsabsichten gesichert sind. Der räumliche Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Borghorst, Flur 5, die Flurstücke 158, 256 und 663 sowie in der Gemarkung Borghorst, Flur 5, die Flurstücke 666, 358, 670, 667, 352, 668, 157, 156, 669, 1053, 145, 1052, 1051, 1054, 152 und 163, sowie das Flurstück 31 aus der Flur 6.

Der Geltungsbereich ist in dem als Anhang beigefügten Plan eindeutig dargestellt.

#### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Kreisstadt Steinfurt in Kraft.

#### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 01.09.2022 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

**Bekanntmachungsanordnung:**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines halben Jahres (6 Monate) seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 06.09.2022

Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin





## **Bekanntmachung**

---

### **Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 (1) Nr. 2 BauGB für die Flächen zur Erweiterung der Wohnbauflächen Borghorst-Südost**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 01.09.2022 aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, und des § 25 (1) Nr. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1 Anwendungsbereich**

Auf den von dieser Satzung betroffenen Grundstücksflächen soll die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen insbesondere zur Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung nach § 1 (6) Nr. 2 BauGB ermöglicht werden.

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung steht der Kreisstadt Steinfurt in dem nachfolgend näher bezeichneten räumlichen Geltungsbereich ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 (1) Nr. 2 BauGB an bebauten und unbebauten Grundstücken zu.

#### **§ 2 Räumlicher Geltungsbereich**

Der räumliche Geltungsbereich dieser Vorkaufsrechtssatzung umfasst die im seit dem 27.06.2014 wirksamen Regionalplan Münsterland festgelegten Bereiche für die wohnbauliche Nutzung (ASB), die nicht im städtischen Eigentum und bislang weder durch einen Bebauungsplan noch durch eine Vorkaufsrechtssatzung für die städtebaulichen Planungsabsichten gesichert sind. Der räumliche Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Borghorst, Flur 7, die Flurstücke 257 tlw., 725, 724, 825, 24 und 826 sowie in der Gemarkung Borghorst, Flur 41, die Flurstücke 591, 310, 309, 220, 219, 738, 739, 740, 754, 602 und 753.

Der Geltungsbereich ist in dem als Anhang beigefügten Plan eindeutig dargestellt.

#### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Kreisstadt Steinfurt in Kraft.

#### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 01.09.2022 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

**Bekanntmachungsanordnung:**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

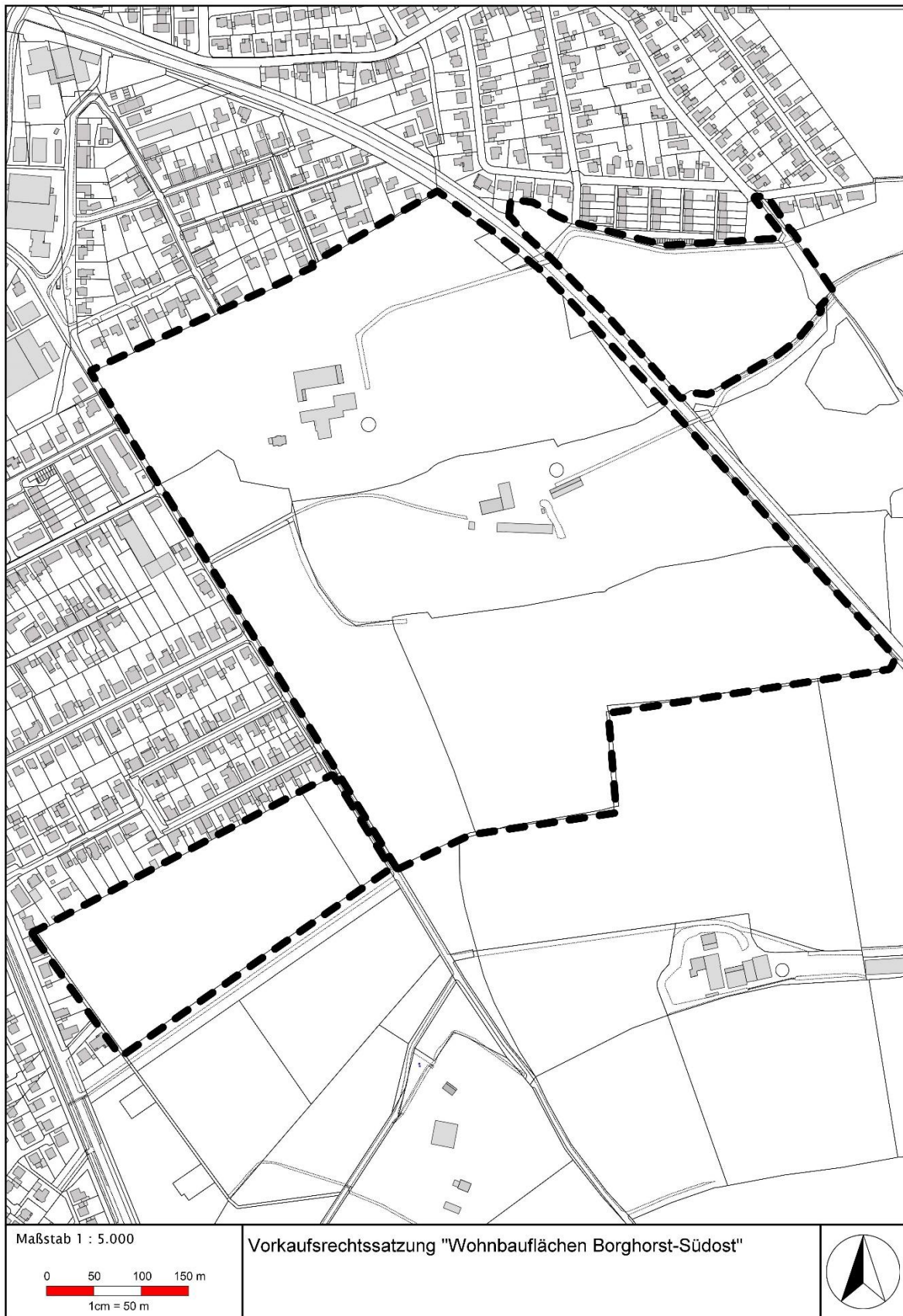
Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines halben Jahres (6 Monate) seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 06.09.2022

Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin



## **Bekanntmachung**

---

### **Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 (1) Nr. 2 BauGB für die Flächen zur Erweiterung des Gewerbegebietes Seller Esch – Teil II**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 01.09.2022 aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, und des § 25 (1) Nr. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1 Anwendungsbereich**

Auf den von dieser Satzung betroffenen Grundstücksflächen soll die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen insbesondere zur Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse der Bevölkerung nach § 1 (6) Nr. 2 BauGB ermöglicht werden.

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung steht der Kreisstadt Steinfurt in dem nachfolgend näher bezeichneten räumlichen Geltungsbereich ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 (1) Nr. 2 BauGB an bebauten und unbebauten Grundstücken zu.

#### **§ 2 Räumlicher Geltungsbereich**

Der räumliche Geltungsbereich dieser Vorkaufsrechtssatzung umfasst die im seit dem 27.06.2014 wirksamen Regionalplan Münsterland festgelegten Bereiche für die wohnbauliche Nutzung (ASB), die nicht im städtischen Eigentum und bislang weder durch einen Bebauungsplan noch durch eine Vorkaufsrechtssatzung für die städtebaulichen Planungsabsichten gesichert sind. Der räumliche Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Borghorst, Flur 7, die Flurstücke 257 tlw., 725, 724, 825, 24 und 826 sowie in der Gemarkung Borghorst, Flur 41, die Flurstücke 591, 310, 309, 220, 219, 738, 739, 740, 754, 602 und 753.

Der Geltungsbereich ist in dem als Anhang beigefügten Plan eindeutig dargestellt.

#### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Kreisstadt Steinfurt in Kraft.

#### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 01.09.2022 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.



**Bekanntmachungsanordnung:**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

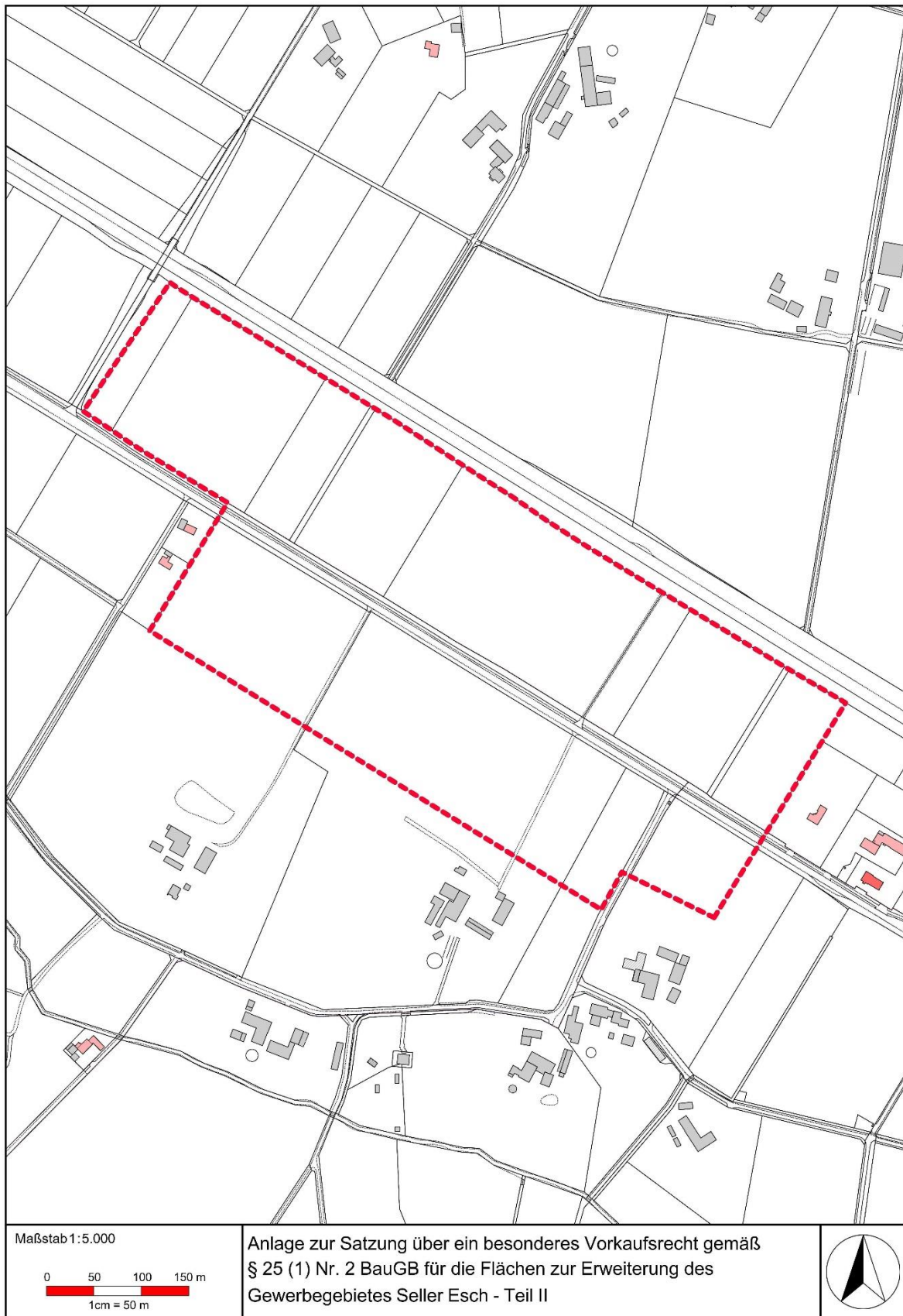
Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines halben Jahres (6 Monate) seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 06.09.2022

Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin



## **Bekanntmachung**

---

### **Satzung über ein besonderes Vorkaufsrecht gemäß § 25 (1) Nr. 2 BauGB für die Flächen zur Erweiterung des Gewerbegebietes Sonnenschein**

Der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 01.09.2022 aufgrund der §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW. 1994 S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung, und des § 25 (1) Nr. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung, folgende Satzung beschlossen:

#### **§ 1 Anwendungsbereich**

Auf den von dieser Satzung betroffenen Grundstücksflächen soll die Durchführung städtebaulicher Maßnahmen insbesondere zur Berücksichtigung der Belange der Wirtschaft nach § 1 (6) Nr. 8a BauGB sowie der Erhaltung, Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen nach § 1 (6) Nr. 8c BauGB zur Erweiterung des Gewerbegebietes Sonnenschein ermöglicht werden.

Zur Sicherung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung steht der Kreisstadt Steinfurt in dem nachfolgend näher bezeichneten räumlichen Geltungsbereich ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 (1) Nr. 2 BauGB an bebauten und unbebauten Grundstücken zu.

#### **§ 2 Räumlicher Geltungsbereich**

Der räumliche Geltungsbereich dieser Vorkaufsrechtssatzung umfasst westlich an das Gewerbegebiet Sonnenschein angrenzende Flächen, die nicht im städtischen Eigentum und bislang weder durch einen Bebauungsplan noch durch eine Vorkaufsrechtssatzung für die in § 1 dieser Satzung bezeichneten städtebaulichen Planungsabsichten gesichert sind.

Der räumliche Geltungsbereich umfasst in der Gemarkung Burgsteinfurt, Flur 43 die Flurstücke 50, 52 (tlw.), 53, 72, 73, 74, 75, 77, 78, 79, 435, 438 (tlw.) und in der Gemarkung Burgsteinfurt, Flur 49 die Flurstücke 39 (tlw.), 48 (tlw.), 56, 59 (tlw.), 61, 63, 64, 65, 66, 67, 145 (tlw.), 146 (tlw.), 147, 151 (tlw.), 153, 154, 155, 156, 157, 158, 172 (tlw.), 197, 198, 199.

Der Geltungsbereich ist in dem als Anhang beigefügten Plan eindeutig dargestellt.

#### **§ 3 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der Kreisstadt Steinfurt in Kraft.

#### **Übereinstimmungsbestätigung:**

Gemäß § 2 (3) Bekanntmachungsverordnung (BekanntmVO) wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut des vorstehenden Beschlusses mit dem Beschluss des Rates vom 01.09.2022 übereinstimmt und dass nach § 2 (1) und (2) BekanntmVO verfahren worden ist.

**Bekanntmachungsanordnung:**

Die vorstehende Satzung wird hiermit gem. § 14 der Hauptsatzung der Kreisstadt Steinfurt vom 28.03.2017 (Abl. 09/2017, S. 60-69) in der zurzeit gültigen Fassung sowie gem. § 2 (4) der Bekanntmachungsverordnung vom 26.08.1999 (GV NRW. S. 516) in der zurzeit gültigen Fassung und des § 7 (4) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666) in der zurzeit gültigen Fassung, öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 7 (6) GO NRW die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines halben Jahres (6 Monate) seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) die Satzung, die sonstige ortsrechtliche Bestimmung oder der Flächennutzungsplan ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) die Bürgermeisterin hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Steinfurt, 06.09.2022

Kreisstadt Steinfurt  
Die Bürgermeisterin  
Az.: III/61/sb

gez. Bögel-Hoyer  
Bürgermeisterin



